

Bern

Dörfli
 SCHLIERN
 Dörfliweg • 3098 Schliern • Tel. 031 534 92 33
 www.rest-doerfli-schliern.ch



Quartiertreffs: Stadt geht in Offensive

Der Gemeinderat legt Beschwerde gegen die Sparmassnahmen des Kantons im Bereich der Gemeinwesenarbeit ein. Zugleich will er für 2013 finanziell in die entstandene Lücke springen.

Bernhard Ott

Der rot-grün dominierte Berner Gemeinderat geht auf dem Rechtsweg gegen einen Entscheid des Grossen Rates vor. Dieser hiess Ende November ein Sparpaket des ebenfalls rot-grün dominierten Regierungsrates gut, das im Budget 2013 unter anderem Kürzungen im Bereich der Gemeinwesenarbeit in der Höhe von knapp 2 Millionen Franken vorsieht. «Der Kanton kann sich nicht so kurzfristig aus der Finanzierung der Gemeinwesenarbeit zurückziehen», hält der Gemeinderat in einer Mitteilung fest. Für 2013 möchte die Stadtregierung jedoch in die Lücke springen und beantragt dem Stadtrat ein Nachkredit in der Höhe von 2,8 Millionen Franken, wobei die Mehrbelastung für die Stadt rund 1,9 Millionen Franken ausmacht.

«Verstoss gegen Treu und Glauben»

Konkret nimmt der Kanton Beiträge an die Vereinigung für Beratung, Integrationshilfe und Gemeinwesenarbeit (VBG), die 25 Quartiertreffs betreibt, ans Mütterzentrum Bern-West, an den Familientreff, ans Gemeindehaus Burgfeld und an die Speiseanstalt Spysi nicht

mehr in den Lastenausgleich auf. «Der Grosse Rat ist in seinen Entscheiden frei», sagt die Stadtberner Sozialdirektorin Franziska Teuscher (GB). Die Änderung einer jahrelangen Praxis ohne Ankündigung und innerhalb einer derart kurzen Frist verstosse aber gegen Treu und Glauben, da die Stadt durch Verträge mit Angestellten und Vermietern bis zu sechs Monate gebunden sei. «Die Stadt ist so gar nicht mehr handlungsfähig.» Würde der Beschluss erst ab 2014 gelten, hätte sie wenigstens genügend Zeit, sich vorzubereiten. «Wir dürften davon ausgehen, dass in diesem Bereich nicht gekürzt wird.»

Teuscher will stärkeres Lobbying

Ob das Lobbying der Stadt im Vorfeld des Entscheids versagt hat, kann Teuscher nicht beurteilen, weil sie damals noch nicht im Amt war. «In Zukunft ist es aber wichtig, dass die Stadt ihre Position vor solchen Beschlüssen aktiv vertritt.» Dem Gemeinderat sei durchaus bewusst, dass auch die Stadt Bern einen Beitrag an die kantonalen Sparmassnahmen leisten müsse. «Der Kanton sollte aber auch berücksichtigen, dass die Stadt Bern als

Wirtschaftsmotor eine besondere Rolle einnimmt», sagt Teuscher.

«Das ist erst der Anfang»

Linke Grossratsmitglieder aus der Stadt begrüssen die Beschwerde. «Auch die Stadt muss ihren Anteil an den Sparmassnahmen leisten. Aber diese sollten partnerschaftlich umgesetzt werden», sagt Béatrice Stucki (SP). Es sei «extrem störend», wenn der Regierungsrat Massnahmen vorschläge, welche die Gemeinden vor unlösbare Probleme stellten. Dass es im Vorfeld offenbar keine Abstimmung zwischen Stadt- und Kantonsregierung gegeben habe, sei «unschön», findet Stucki. «Wir mussten ein Gesamtpaket verabschieden. Ich stehe nach wie vor dazu», sagt Mathias Tromp (BDP) als damaliger Sprecher der Finanzkommission. Philippe Müller (FDP) weist darauf hin, dass bei Budgetdebatten stets mit Änderungen gerechnet werden müsse. Die Stadt habe seit den Abstimmungen über die Motorfahrzeugsteuern mit Kürzungen rechnen müssen. Müller ist gespannt auf den Ausgang des Beschwerdeverfahrens. Angesichts der Fehlbeträge im kantonalen Finanzplan in der Höhe

von 250 bis 350 Millionen Franken könnte der Entscheid zum Präzedenzfall werden, sagt Müller. «Das ist erst der Anfang», meint auch Grossrat Thomas Fuchs (SVP). Der Stadt sei erst durch den Entscheid des Grossen Rates bewusst geworden, dass sie sparen müsse.

Stadtrat fordert Umfrage

Der Berner Stadtrat hat gestern einen Vorstoss überwiesen, der zum Ziel hat, die Wahrung der Interessen der Stadt Bern im Grossen Rat zu verbessern. Das Postulat von Jacqueline Gafner (FDP) bittet den Gemeinderat, eine Fachstelle zu beauftragen, unter den Grossräten eine repräsentative Umfrage zum Imageproblem der Stadt durchzuführen. Ausserdem soll er darlegen, wie die Situation verbessert werden kann. «Wenn wir nicht wissen, wo das Problem liegt, haben wir auch keine Chance, es zu lösen», sagte die Postulantin. Gegen das Postulat stellten sich das Grüne Bündnis und die SVP. Sabine Baumgartner (GB) sagte, es sei «scheinheilig, wenn ausgerechnet die Sparpartei FDP nun mit einem solchen Bericht Geld aus dem Fenster werfen» wolle. (amo)

Autoklau-Warnung: Staatsanwaltschaft verschickt Scherz-Mail

Die Staatsanwaltschaft warnt vor einer neuen Methode zum Autodiebstahl. Peinlich: Es handelt sich um einen Scherz.

Christoph Lenz

Der Trick ist dreist: Ein argloser Autofahrer setzt sich ans Steuer, startet den Motor, blickt in den Rückspiegel und erkennt, dass ein Zettel an die Heckscheibe geheftet wurde. Um das Papier zu entfernen, steigt er wieder aus und geht zum Kofferraum. Da geschieht es: Aus dem Nichts springt ein Dieb herbei, setzt sich ins Auto und braust davon. Zurück bleibt ein verdatterter Fahrer ohne Gefährte.

Geschildert wird der Trickdiebstahl in einem Warn-Mail der Staatsanwaltschaft Berner Jura-Seeland. In Frankreich und Deutschland sei diese Methode schon weit verbreitet, das Phänomen komme aber «sicher auch zu uns». Autofahrer sollten deshalb vorsichtig und wachsam sein. Lenkern, die beim Losfahren einen Zettel auf der Rückseite des Autos bemerken, wird geraten, die Autotüren zuzusperren und einfach wegzufahren. «Den Zettel entfernen Sie später.» Empfänger des Warn-Mails werden aufgefordert, die Nachricht an Familie und Freunde weiterzuleiten. Das Mail schliesst mit der Signatur einer Mitarbeiterin der Staatsanwaltschaft.

«Diese Mitarbeiterin gibt es tatsächlich», sagt Christof Scheurer, Medien-

sprecher der Staatsanwaltschaft. «Aber von der Warnung müssen wir uns distanzieren. Was es damit auf sich hat, können wir nicht beurteilen. Uns sind jedenfalls keine solchen Auto-Trickdiebstähle bekannt.» Will heissen: Die Warnung ist ein «Hoax», ein Scherz-Mail, das sich als Kettenbrief im Internet verbreitet – im vorliegenden Fall versehen mit dem Siegel der Staatsanwaltschaft.

Kein Schaden für Empfänger

Wie aber gelangte der täuschende Absender ins Mail? «Unsere Mitarbeiterin hat diese Warnung erhalten und vom Outlook-Server der Staatsanwaltschaft an einen kleinen Kreis weitergeleitet», erklärt Scheurer. Anschliessend habe sich das Mail wohl selbstständig an sämt-

liche Kontakte der Mitarbeiterin verschickt. «Wir bedauern dies. Wir wollten die Öffentlichkeit nicht irreführen», so Scheurer, der betont, dass es der erste solche Vorfall für die Staatsanwaltschaft sei.

Auch bei der Kantonspolizei Bern kennt man das gefälschte Warn-Mail. Sprecherin Alice Born vermutet, dass es im Kanton eine gewisse Verbreitung gefunden habe. Doch Born beschwichtigt: «Im Gegensatz zu Viren und Trojanern richtet ein Hoax keinen eigentlichen Schaden an.» Die beschriebene Autoklau-Methode war der Polizei übrigens noch nicht bekannt. «Trotzdem raten wir Autofahrern, dass sie beim Verlassen des Fahrzeugs den Motor immer abschalten und die Türen zusperren», so Born.

Parlament gegen Abstimmung über sexistische Plakate

Der Berner Stadtrat begnügt sich damit, neue Bestimmungen in die Konzession aufzunehmen.

Adrian M. Moser

In der Stadt Bern soll es keine sexistischen und rassistischen Werbeflakate geben – darüber war sich der Berner Stadtrat von Anfang an einig. Im Oktober 2010 überwies er eine entsprechende Motion aus den Reihen der GB/JA-Fraktion. Diese verlangte, dass das Reklamereglement der Stadt Bern durch einen Absatz ergänzt wird, wie ihn die Stadt Basel bereits kennt. Darin sollte definiert werden, wann genau eine Werbung als sexistisch oder rassistisch einzustufen ist.

Gestern nun stand zur Debatte, ob der Gemeinderat den Auftrag erfüllt hat oder nicht. In seinem Bericht weist der Gemeinderat darauf hin, dass das Reklamereglement in Bern – im Gegensatz zu anderen Städten – Teil der Bauordnung ist. Deshalb könne sie nur mit einer Volksabstimmung durch neue Vorschriften ergänzt werden, was in diesem Fall als unverhältnismässig erscheine. Stattdessen hat der Gemeinderat die Sondernutzungskonzessionen für Plakate auf öffentlichem Grund um die in der Motion geforderten Definitionen ergänzt.

Viele Vorbehalte bei Mitte-links

Cristina Anliker-Mansour sagte für die GB/JA-Fraktion, die konsequente Ablehnung sexistischer Werbung helfe, die Geschlechterordnung zu verändern. Ihr genüge die Aufnahme der Definitionen in die Konzession nicht. Sie verwies auf das SVP-Plakat für die Minarettinitiative und die Werbung des Unterwäscheherstellers Sloggy. Nur in Basel, wo die Definition im Reglement festgeschrieben sei, seien diese Plakate nicht aufgehängt worden. Um zu verhindern, dass das Parlament die Motion als erfüllt abschreibe, weil es eine Volksabstimmung alleine für diesen Punkt als unangemessen ansieht, beantragte Anliker-Mansour eine Fristverlängerung bis 2016, damit die Änderung am Reklamereglement zusammen mit anderen in die Bauordnung aufgenommen werden kann.

«Die Konsequenzen von sexistischer Werbung sind mehr als verletzte Gefühle», sagte EVP-Mann Matthias Stürmer für die GFP/EVP-Fraktion. Sie führe auch zu mehr Pornografiekonsum und lenke Autofahrer ab. «Dass es für eine solche Änderung eine Volksabstimmung braucht, ist mir unverständlich.» Auch wenn seine Fraktion der Abschreibung zustimme, werde man bei diesem Thema auch in Zukunft genau hinschauen.

SVP und FDP zufrieden

Die SVP und die FDP sahen den Auftrag des Gemeinderats mit der jetzigen Lösung vorbehaltlos als erfüllt an. «Die neue Regelung führt genau aus, was unter Sexismus und Rassismus zu verstehen ist», sagte Simon Glauser (SVP). Das sei ausreichend.

Die für die Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün zuständige Gemeinderätin Ursula Wyss (SP) betonte, dass der neue Wortlaut in der Konzession genauso präzise sei wie das Reglement in Basel. «Das ist ausreichend», sagte sie. Allen Vorbehalten zum Trotz stimmte der Stadtrat der Abschreibung der Motion schliesslich zu, mit 38 zu 30 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Anzeige

bischofberger reisen
 Ihr Arabien Spezialist
 Die besten Preise – Die coolsten Reisen
 und die neuen Kataloge:
 bischofberger-reisen.ch
 Dufourstr. 157 - 8034 Zürich - 044 384 93 93